

**Bezugspreis**

für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Anfertigung 2,50 M., doch die Post 3,25 M., einschließlich Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für unbeslangt eingehende Manuskripte mit feiner Gussart überkommen. Rücksende nur mit Zurechnung: „Saale-Bl.“ gezeichnet.

Hauptredaktion der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

**Morgen-Ausgabe.**

# Saale-Beitung.

Direktionsbezugsjahr.

**Anzeigen**

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 Pfa., solche aus Halle mit 20 Pfa. berechnet und in der Geschäftsstelle, Dr. Wiedersheim 63, 1 sowie von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Seite 75 Pfa. für Halle und auswärts 1 M.

Ercheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Or. Bauhausstraße 17; Reichsgeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Dr. Wiedersheim 63, 1, Leipziger Nr. 591 u. 176.

**Nr. 29.**

**Halle a. S., Mittwoch, den 19. Januar.**

**1910.**

## Der Mansfelder Bergarbeiterstreik im Reichstag.

19. Sitzung vom Dienstag, den 18. Januar 1910.

Am Tisch des Bundesrats: Dr. Debrück, v. Heeringen. Vizepräsident Dr. Spahn eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

### Die Interpellation über den Mansfelder Bergarbeiterstreik.

Die Interpellation der Sozialdemokraten lautet:

Ist dem Herrn Reichstagsler bekannt, daß bei dem kürzlich im Mansfelder Bergrevier ausgebrochenen Bergarbeiterstreik Militärs zugezogen ist, um den Bergarbeitern die Ausübung ihres reichsgesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes zu erschweren und sie an dessen Ausübung zu hindern?

Ist dem Herrn Reichstagsler ferner bekannt, daß bei diesem Streik Offiziere und Beamte sich viele Verstöße gegen Reichsgesetze zuschulden kommen ließen?

Was gedenkt der Herr Reichstagsler zu tun, um solchen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen?

Staatssekretär Dr. Debrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Sasse (Soz.)

Begründet die Interpellation. Es ist ein starkes Stück, wenn — wie es im Mansfelder Revier geschehen ist — gegen ruhige Arbeiter Militärs ausgedehnt wird. Man hat versucht, die Arbeiter mit Gewalt daran zu hindern, sich zu organisieren. Ein Heer von Spitzeln wurde gegen sie aufgestellt. Auch die Gerichte stellten sich auf einen ganz rücksichtsigen, ruffälligen Standpunkt. Arbeiter, die zuanzig Jahre in einer Stelle tätig gewesen waren, wurden erbschütternd auf die Straße geworfen, weil sie sich in ihrem Verbandsauflösung. (Witzruhe S. d. Soz.) Sogar ein Parlamentarier erklärte, die Arbeiter brauchten dort keine Organisation, weil nur ein einziger Unternehmer vorhanden sei. Dr. Arend kennt wohl den Parlamentarier. (Heiterkeit.) Welche Waise! Die reichstreue, gelbe Waise! In Mansfeld hat für ungläublichen Korruption unter den Beamten geherrscht. Weibergeschichten spielen eine große Rolle. (Hört, hört!) Schon lange rumorte es im Revier. Die Arbeiter hatten kein Brot. Die meisten ließen sechs Wochen auf Lohn warten. Es wurden wahre Jammer- und Notlagen geschaffen. Die hohen Beamten bezogen aber ungeheure Vergütungen. Der Gesundheitszustand hat sich ungeheuer verschlechtert. Im Jahre 1906 waren 83,2 Prozent der Arbeiter krank, 1907 aber schon 84,1 Prozent. Der Revier-Inspektor eingehend die Arbeitsverhältnisse in Mansfelder Revier. (Vizepräsident Dr. Spahn scheidet den Revier wieder ab, sich mehr an den Gegenstand der Interpellation zu halten.) In Höpfi einseitiger Weise ergreifen Regierung und Militärbehörde gegen die Arbeiter Partei. Auch der preussische Handelsminister lehnte eine Vermittlung ab, weil sie nicht erfolgversprechend sei, da Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien. Um das zu erfahren, brauchten wir nicht erst den Minister zu bemühen, das konnte uns jeder Nachwächser auch sagen. Aber jetzt haben wir die Arbeiter zum Denken gebracht. Ohne Mühe und Sattel ist die Ordnung aufrecht erhalten worden. Die Maschinenengewehre landen müßig.

Die Heranziehung des Militärs war völlig überflüssig. In Festigkeit hat ein Streikbrecher einen Dolch gegen eine Frau erhoben. Streikende hielten ihn zurück. Darin sah man einen Aufbruch und riefte mit Maschinenengewehren an. Wenn man so rufen die Hosen voll hat, dann müßte man ja bei jeder Kirche, bei jedem Vogelgeschrei mit Kanonen bei der Hand sein. Einige Gendarmen hätten völlig genügt, die Ruhe aufrechtzuerhalten. Allerlei Unmuthen sind schwärzter umher. Nach der „Magdeburger Zit.“ wurden 3000 bemessene Bergarbeiter aus Böhmen erwartet. (Heiterkeit.) Streikende sah man auf den Straßen überhaupt nicht, nur die Kinder schauten dem Theater zu. Die Saale war so lächerlich, daß sich die Witzblätter ihrer annahmen. Die Straßen wurden abgeperrt, und als einige Monture, die gar nicht zu den Streikenden gehörten, zu ihrer Arbeitsstätte wollten, ließ der Unteroffizier sofort laden und erklärte: Wenn Ihr mit einem Worte müßt, fahre ich Euch erschlagen! (Großer Lärm links, Rufe bei den Soz., Standhaft!) Ein kleines Dienstmädchen wurde von einem Unteroffizier und fünf Mann mit geladenen Gewehren zur Wache gebracht. (Heiterkeit.) Aber hat so unkluge Instruktionen gegeben? Wenn in Mansfeld kein Tropfen Blut vergossen wurde, so ist das unser Verdienst. (Lachen rechts.) Nur ein Toter ist zu beklagen, ein Militärlad. Die Gerichte zeigten sich ebenfalls auf der Höhe. Sie verurteilten auf Grund einer Polizeiverordnung aus dem Jahre 1798. Wie verträgt es sich mit der Offizierschere, wenn ein Leutnant drohte, einen Jungen, der Flugblätter austrug, zu erschlagen? (Lärm links.) Schamlos war auch das Verhalten einzelner Polizeibeamten. (Vizepräsident Dr. Spahn rügt den Ausbruch. Man könne solche Thaten auch ohne verlegene Bemerkungen ansprechen.) Die Landräute standen ganz auf dem Unternehmerrstandpunkte. Das ist die Witzüberlieferung. Der Streik hat aber jetzt endlich die Mansfelder Arbeiter auf den rechten Weg geführt. (Beifall bei den Soz.)

### Staatssekretär Dr. Debrück:

Auf die Frage, die in der Interpellation gestellt wurde, habe ich folgendes zu erklären: Es ist richtig, daß aus Anlaß des Streikes im Mansfelder Bergrevier Militärs zugezogen worden sind und dort bis gegen Ende des Streikes verblieben sind. Nach Artikel 66 der Reichsverfassung sind die Bundesfürsten berechtigt, ihre Truppen zu polizeilichen Zwecken zu verwenden und berechtigt, die Truppen anderer Kontingente, die in der Umgegend dislozierten, zu rekrutieren. Ich habe zunächst zu prüfen, ob die Verwendung des Militärs im vorliegenden Falle im Einklang mit den Bestimmungen der Reichsverfassung erfolgt ist. In dieser Beziehung habe ich festzustellen, daß das Militär herangezogen wurde durch die zuständigen Landräute, nicht etwa von der preussischen Bergbehörde, wie behauptet wurde, nachdem am 21. Oktober in derselben eine nach Tausenden zählende Menge, in der sich allerdings auch Frauen und Kinder befanden, schwere Ausschreitungen verübt hatten (Lärm S. d. Soz.), denen gegenüber die in geringer Zahl verfügbaren Polizeigenarmemännschaften sich als wehrlos gezeigt hatten. (Hört, hört rechts.) Unter diesen Umständen ist das Heranziehen des Militärs im Einklang mit den Vorschriften der Verfassung erfolgt. (Zuruf der Soz.: Welche Ausschreitungen?) Ausschreitungen, die dem Gericht Veranlassung zu einer Anklage wegen Verstoßes gegen den Friedensbruch gegeben haben. Der Teilhaber wird durch die gerichtliche Verhandlung festgestellt werden. Es ist einwandlos festgestellt, daß eine große Anzahl von Arbeitswilligen aus der Gegend heraus nicht nur beleidigt, beschimpft, belien ist, daß schließlich die Mannschaften der Gendarmarie und der Polizei von der selben Menge an die Mauer gedrückt sind. (Su, hu! bei den Soz.) Mit dieser Feststellung fällt auch die Behauptung, daß das Militär herangezogen sei, um die Bergarbeiter in der Ausübung des Koalitionsrechtes zu beschränken. Die Frage, ob bei Anrufen, die aus Anlaß eines Streikes drohen oder entstehen, Militärs zur Hilfe zu rufen ist oder nicht, ist zu entscheiden unabhängig davon, welches die Ursache des Streikes gewesen ist. Die Polizeibehörden haben die Pflicht, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten mit den erzielbaren verfassungsmäßigen Mitteln, ohne auf die Ursachen, die die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet oder bedroht haben, einzugehen. Dabei ist aber der Reichstagsler der Ansicht, daß grundsätzlich die Polizeibehörden in die Lage gesetzt werden sollen, ohne militärische Hilfe nach Möglichkeit ihre Pflicht zu erfüllen. Da der Reichstagsler aber in dieser Auffassung mit dem preussischen Minister des Innern eins ist und dieser wiederholt Anordnungen getroffen hat, so ist für den Reichstagsler die verfassungsmäßige Voraussetzung, aus diesem Grunde sich mit der Verantwortung für Handlungen der Militärpersonen in dem militärischen Innern nicht, wie der Herr Abgeordnete nachher auf die besaglichen Ausführungen des Abg. Sasse eingehen, Beschwerden gegen Beamte der preussischen Verwaltung hind zu setzen, sondern die zuständige preussische Zentralstelle, dem Minister des Innern gelangt, noch an den Reichstagsler. (Hört, hört!) Es fehlt also bis heute dem preussischen Minister die Möglichkeit des Streikens und auch dem Reichstagsler die Voraussetzung für eine Verhandlung mit den preussischen Behörden. Ich werde aber das heute vorgebrachte Material dem preussischen Minister mit der Bitte übermitteln, die Vorwürfe zu prüfen und event. Remedie einzutreten zu lassen. Die Erörterung der Einzelfälle wird dann nur den preussischen Landtag zu verweisen sein. (Lachen der Soz.) Unter diesen Umständen darf ich mir erlauben, auf die Einzelheiten der Interpellation einzugehen, um so mehr, als ich versichern kann, daß der Reichstagsler mit dem preussischen Minister darin einig ist, daß eine gleichmäßige unparteiische Handhabung und Beachtung der Gesetze durch die Beamten und Behörden der Bundesstaaten eine der wesentlichsten Voraussetzungen unseres Staatslebens ist. (Lachen der Soz. Lebhafter Beifall.)

### Präsident Kriegsminister General v. Deeringen:

Ich sehe es als glücklichen Zufall an, daß es das erste Mal, wo ich die Ehre habe, in meiner jetzigen dienstlichen Stellung vor dem Saale zu sprechen, um die Umkehr eines Angriffs auf die Armee handelt, wie er letzten so unbedeutend erfolgt ist. (Lebhafter Beifall. Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Der Vertreter des Reichstagslers hat Ihnen bereits auseinandergesetzt, daß von den zuständigen Behörden die Aufforderung an das Generalkommando des 4. Armeekorps erging, Truppen in das Streikgebiet zu schicken, weil die Polizeibehörde für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht mehr genügt. Die Militärbehörde ist gar nicht dafür da, hat gar nicht das Recht, die Aufforderung nachzuführen; sie hat einfach die Pflicht, wenn die zuständige Behörde ruft, ihr zu folgen, ob Feuer- und Wasserrohr oder eine andere Ursache, im vorliegenden Falle ausgebrochener Arbeiter. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm der Sozialdemokraten und Zuruf: Wer hat aufgeschrien? Weitere Zurufe.) Auf die Dienstbefehle komme ich später. (Heiterkeit, großer Lärm; Vizepräsident bringt zu Hörschlüssen kann nur durch energisches Einschreiten des Kriegsministers gehindert werden.) Wir müssen einfach an Ort und Stelle gehen und unsere Pflicht und Schutzhelfer tun. Der kommandierende General hat alsbald diejenige Truppenmacht auszurufen lassen, die er bei der ungeläufigen Lage für unbedingt erforderlich hielt. Man hat sich darüber aufgeregt, daß der Truppe Maschinenengewehre mitgegeben waren. Ja,

kein Mensch hat beföhlen, daß die Maschinenengewehre extra mitgenommen werden sollten. Das ist ein integrierendes Bestandteil der Truppe. Ebenjotung wie die Infanterie ihre Gewehre mitnimmt, nimmt sie auch ihre Maschinenengewehre mit; sonst könnte man auch die Kanalliere sagen: Laßt die Lansen zu Hause! (Heiterkeit.) Es war aber um so notwendiger, als die Truppenhaft verhältnismäßig gering war. Die Lage, die die Truppe im Streikgebiet vorfand, war allerdings erheblich weniger harmlos, als der Vortredner hier gelästert hat. (Sehr richtig! rechts.)

Zunächst hatte am Tage vorher eine nach Tausenden zählende Volksmenge versucht, die Gendarmen nicht nur an die Wand zu drücken, sondern ihnen auch die Waffen zu entreißen. (Hört! hört!), so daß tatsächlich die Gendarmen ihres Lebens nicht sicher waren und ihre Aufgabe nicht erfüllen konnten. Die Truppe war gleich am ersten Tage bis in die Nacht tätig, nicht nur Frauen und Kinder, sondern einen 400 Köpfe zählenden Streikhaufen vor der Front zu vertreiben. Am folgenden Tage leisteten zwei kompanien Arbeitswillige durch Festhalten und durch eine nach Tausenden zählende Menge, allerdings auch Frauen und Kinder, aber in allererster Linie Streikende. (Abg. Sasse ruft: Nicht wahr! Der Präsident erlaubt den Abg. Sasse, seine fetterwährenden Zwischenrufe zu unterlassen, da er ihn sonst zur Ordnung rufen müßte.) Crit nach gemeinlichem Trommelwirbel ging die Menge zurück, aber Gott sei Dank, sie ging zurück, so daß die Truppe nicht nötig hatte, von der Waffe Gebrauch zu machen. (Hört! hört! rechts, fortwährende Unruhe der Sozialdemokraten.) Die Koalitionsfreiheit ist von der Truppe von keiner Seite angegriffen worden; damit haben wir überhaupt nichts zu tun. (Lärm der Sozialdemokraten.) Wir schützen Leben und Ordnung und damit fertig! Für die Truppe begann ein anstrengender Dienst. Ueber drei Wochen lang war sie nicht aus dem Revier gekommen. (Lärm der Sozialdemokraten.) Wenn Sie die Leute an Ort und Stelle gesehen hätten, so würden Sie gesehen haben, welchen ermuterten angetragenen Eindruck die Leute machten. (Fortwährende Zurufe der Soz.) Ob es sich um reichstreue Arbeiter handelt oder nicht, ist für die Armee einerlei. Für uns kommt es nur darauf an, ob der Arbeiter Ruhe und Ordnung hält oder nicht. Das ist das Einzige. (Beifall rechts.)

Daß die Truppe mit großer Besonnenheit vorwärts gegangen ist, daß sie sich von jeder Provokation ferngehalten hat, das geht daraus hervor, daß erstens überhaupt kein Zusammenstoß mit der Bevölkerung stattgefunden hat, und zweitens, aus der geringen Zahl der Verhaftungen. Ich erlaube ohne weiteres an, daß auch die Streikteilnehmer sich bemüht hat, Zusammenstöße zu vermeiden. Es ist wiederholt in Rundschreiben und auch sonst aufgedruckt worden, keine Veranlassung zu Zusammenstößen zu geben. (Hört! hört! bei den Soz.) Aber diese Anerkennung darf einen Preiselchmaß! (Hört, hört!) Ich habe mich nicht zu erlauben, die Verhältnisse in der Armee, die, sobald unsere Truppe den Streikenden den Rücken wandte, die Tätigkeiten gegen die Arbeitswilligen wieder aufgenommen wurden. Unmöglich ist beim Generalkommando erlassen worden, die Truppen zurückzuziehen; denn wozu? Die Armee macht es keinen Spaß; wir können unsere Zeit besser verwenden. (Lärm der Soz. Beifall rechts.) Aber alle Tage hat man wieder zu seinem Behauern zu der Überzeugung kommen müssen, daß die Zeit noch nicht gekommen war, und erst, nachdem der Streik eingestellt, nachdem Ruhe und Ordnung eingelebt war, konnte man die Truppe wieder zurückziehen. Wenn man das Ergebnis der Vorfälle des Herrn Sasse zusammenfaßt, so ist es ein höchlich mageres. (Sehr richtig!) Ich habe mich gewundert, daß alles so glatt abging. (Vizepräsident Gehring zu Hörschlüssen erlaubt wiederholt die Wiederholungen von Sasse, ihre Zwischenrufe zu unterlassen. Sie sind auch nicht durch die Vertreter der Koalition gestellt worden, und ich muß Sie ermahnen bitten. Der Kriegsminister fährt fort: Selbstverständlich hat niemand etwas dagegen, daß ein Mann mit einer weißen Binde herumläuft und für Ordnung sorgt. Wenn es sich nur wirklich um Ordnungswächter gehandelt hätte. Gegen Ordnungsmänner ist tatsächlich nur da eingeschritten worden, wo sie ihr soanentliches Amt in lautester provokatorischer Weise in unmittelbarer Nähe der Truppe auszuüben suchten. So lautet die Instruktion und so lauten auch die tatsächlichen Berichte. (Der Kriegsminister verliest die Bestimmungen über den Waffengebrauch. Abg. Sasse ruft: Und all das stimmt hier nicht!) Das stimmt alles nicht, sehr richtig, und das das nicht stimmt, stimmt auch wahrscheinlich das Benehmen des Unteroffiziers nicht, das geschildert worden ist. (Heiterkeit.) Ich konstatiere nur eins: Auch bis heute ist an mich nicht die Idee einer Bewehrung aus dem Streikgebiet gekommen, und Sie sind doch sonst nicht so heischig? (Heiterkeit, Lärm bei den Soz.) Ich komme jetzt auf das Dienstvermögen und die Frauen von Helfera. Es hat sehr schön geflungen, hat auch in den Zeitungen sehr schön geflungen, hat nur den einen Nachteil, daß es absolut unwahr ist. (Große Heiterkeit.) Es ist überhaupt in dem ganzen Streikgebiet keine einzige Frau verhaftet worden. Nachdem das in der Zeitung stand und ich diesen Roman las, habe ich mich gewundert und habe das Generalkommando zum Vericht aufgefordert, und es hat



berichtet, von Seiten der Soldaten ist keine Frau verhaftet worden. (Zurufe: Aber Mädchen.) Wenn ich sage, keine Frau verhaftet, dann ist auch kein Mädchen verhaftet. (Große Heiterkeit.) Ein Mann, der in die Felle gefallen ist — der Mann ist mit Achheit hineingefallen, und das man sich das nicht gefallen läßt, ist klar. Er ist verhaftet worden und weichte sich darauf gegen seine Verhaftung, daß das ganze Gefängnis dabei in Tränen ausbrach. (Große Heiterkeit.) Gemäß den Flugblätter anlässlich des 8. 30 des Reichstages ist der 10. des preussischen Gesetzes von 1850 nicht in Kraft, wonach unentgeltliche Verteilung von Flugblättern an die Genehmigung der Ortsbehörde gebunden ist. (Widerpruch der Sez.) Diese Genehmigung war in vorliegendem Falle nicht erfolgt. Weiter führt Herr Sacke Bescheid, daß der kommandierende General keine Antwort erteilt habe, als er seine Depesche bekam. Ich habe ihn nicht danach gefragt, aber ich glaube, er hat es nicht getan, ich hätte es auch nicht getan — weil die Depesche in offensichtlicher Weise unterzeichnet war: „der Streikführer, gezeichnet Sacke.“ Mit solchen Instanzen braucht man, glaube ich, nicht zu verhandeln. (Großer Lärm der Sez.) Im übrigen war eine Antwort auch gar nicht notwendig, denn die Sache war bereits erledigt. Nun kommt der Redner in Selbst, wo ein Offizier mit Schlägen gedroht haben soll. Der Arbeitstag ist einfach so: Ein Junge, der Flugblätter verteilt hat, ließ weg, der Köpfe hinter ihm her. Der Offizier fragte nach den Köpfen, warum er nicht geflohen hat, und da sagte der Mann einfach sehr richtig: Weiß der Betreffende noch nicht verhaftet ist; und da sagte der Offizier: Da haben Sie sehr recht getan. (Heiterkeit.)

Also ich sage: es ist sehr wenig herausgekommen. Die Armees zählt solche Veranlassungen wahrhaftig nicht zu ihren Annehmlichkeiten. Selbst das internationalistische Mitglied der Armees weiß ganz genau, daß auf der Straße uns keine Vorbeeren hülsen, und daß wir unsere Zeit besser zu verwenden haben, als uns selbst zu machen zur Verteidigung des Vaterlandes. (Beifall.) Ebenso aber müssen wir bekennen, wenn wir berufen werden, werden wir uns nicht sehen, um Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. (Stürmische, wiederholte Beifallsstürme rechts.) Auf Antrag Singer (Sez.) wird einstimmig Besprechung beschlossen.

Herr Dr. Krenzl (Rp.): Auch ich begrüße mit großer Freude, daß in Mansfeld kein Blut geflossen ist. Das danken wir der außerordentlich feilschlichen Umkehr der Gedanken und dem vorsichtigen Eingreifen des Militärs. Das ist nicht nur ein Glück, das der bürgerlichen Sache. Auch Herr Sacke muß, wenn er ein Gewissen hat, in erster Linie dem Militär danken. Ich kann Ihnen aus meinen an Ort und Stelle vorgenommenen Ermittlungen und den Unterhaltungen, die ich mit allen Kreisen der Mansfelder Bevölkerung gehabt habe, ein vollkommen anderes Bild der Dinge geben, wie sie sich in Wirklichkeit dort gestaltet haben. Der Redner macht Mitteilungen nach Schilderungen von Augenzeugen. Da hat Herr Sacke allerdings in einer Veramtlung am Schluß gesagt: Verhaltet euch ruhig! Aber was er vorher in der ganzen Rede gesagt hatte, wirkte eben dahin, daß die Leute auf die Straße gingen. (Abg. Sacke ruft: Hierauf kommt es nicht an!) Auf die Tatsachen kommt es an, daß die Streikführer unmittelbar nach der Verammlung begannen; das zeigt den Zusammenhang. Die Sachen waren vollständig organisiert mit Redaktionskommissionen und ausgegebenen Besprechungen. Die Gedanken wurden an Sacke der Arbeitswilligen übergeben, Frauen mit Kindern auf dem Arm bespürten die Arbeitswilligen, bewarfen sie mit Steinen. Leute mußten ins Krankenhaus gebracht werden, sogar ins Irrenhaus. Diese „harmlosen“ Vorgänge haben darin bestanden, daß gegen 14 Personen eine Voruntersuchung wegen der Verbreiten des kommunistischen und des einfachen Landfriedensbruchs sowie, außerdem sind 135 Strafanzeigen erlassen und 35 Straftatmerkmale erhoben.

Nicht zum Schutze des Arbeitgebers, sondern der Arbeitswilligen ist das Militär gekommen. Die zuständigen Behörden hätten sich einer Pflichtenlosigkeit schuldig gemacht, wenn sie es nicht getan hätten. Die Arbeitswilligen waren in Lebensgefahr. Ohne das Militär wäre alles drunter und drüber gegangen. Es hätte ein Blutvergießen gegeben, ein großes Unheil wäre eingetreten, das Herr Sacke auf dem Gewissen hätte. (Sehr richtig, rechts.) Nicht der Staat nicht gebildet, so hätten die Arbeiter alle Vertrauen zu ihm verlieren müssen. An die Dummheiten Sackes, als ob die Werte in die Luft geblasen worden sollten, hat kein Mensch geglaubt. (Lärm bei den Sez.) Was denn Dummheiten von der Kartennarraschisten. Herr Sacke gegenüber werde ich einen solchen Ausdruck wenigstens hier nicht gebrauchen. (Heiterkeit.) Das Militär war ein wahrer Segen. Demgegenüber fällt es nicht so schwer ins Gewicht, wenn hier und da ein Interferieren oder ein Beutnant sich inkorrekt benommen hat. Die Mansfelder Knappen sind immer noch leidenschaftliche Männer. Ein alter Bergmann, der mitgeteilt hatte, erklärte mir offen: Wenn der Kaiser ruft, dann jagen wir alle Noten zum Teufel! (Beifall rechts.)

In Mansfeld handelte es sich gar nicht um die Organisation, sondern um die Agitation. Die sozialdemokratische Bewegung sollte zurückgedrängt werden. Gegen christliche Gewerkschaften ist man niemals vorgegangen. (Auf: Do! im Zentrum.) Das ganze Gebilde, das die Staatsbürgerliche Freiheit der Bergleute bestränkt werden sollte, ist völlig hinfällig. Es war ein Streik der Widerheit, bei dem mit den äußerlichen Nachteilen gearbeitet wurde. So wurde bestränkt, daß durch 30 Millionen aus England die Streikfallein so soll sein, das Geld, das die Arbeiter erhalten werden müßte. Auch Arbeitswillige sind bestränkt worden, wahrhaftig im Namen der Koalitionsfreiheit. (Heiterkeit.) Beamt wurden jedoch bestränkt. Da kann man es der Gewerkschaft nicht verdenken, wenn sie nicht alle Leute wieder einstellt. Allgemeinere Dank gebührt dem Landrat v. Rasche, der zur rechten Zeit das Militär herbeiführte. Die „Reichstreuen“ haben sich beim Streik durchaus bewährt. Es sind nicht Gefinnungskampfen, sondern treue Knappen. Mit diesem Kern wird es gelingen, den alten Ruhm unseres Bezirks als des reichsten Mansfelds wieder herzustellen. (Beifall rechts.) Bei dem Streik handelte es sich um eine Prinzipienfrage, bei der die Mansfelder Gewerkschaft nicht nachgeben konnte. Sonst hätte sie das Heft völlig aus der Hand verloren. Großer Entsetzt ist mit den Maschinen gemessen gemacht worden. Schaden haben sie nur in den unglücklichen Köpfen einiger Demokraten angesetzt, die ja mit allen Köpfen stürzen. Nach dem „Berliner Tageblatt“ das letzter immer noch annehmen wird, wenn es sich beinahe zu einer Rekonkordanz gekommen. Denn es ist die wichtigste Aufgabe des Herrn v. Rasche, wenn er sich mit Hintanhaltung seines Amtes für Zurücktreten der Truppen zu sorgen. Es wäre gewiß auch eine Maschinenengewerkschaft gegangen. Wenn aber eine Truppe auszieht, dann kann sie

doch ihre Waffen nicht zu Hause lassen. Die Mansfelder wollen von den sozialdemokratischen Verführern nichts wissen. Wir sind die wahren Arbeiterfreunde. (Widerlächer bei den Sez.) Wir werden die politische Hinterbarkeit, die Sozialdemokratie, überwinden. Kein Volk kann sich die Gewaltthätigkeit der Sozialdemokratie gefallen lassen. In Mansfeld ist ein treuer Kern von Arbeitern, der immer reichster sein wird. (Beifall rechts.)

Herr Dr. Fleischer (Str.): Die faßlichen Bergleute sind nicht mitzubilden an den Vorgängen in Mansfeld. Ihre Berichte stimmen nicht mit den Schilderungen des Herrn Sacke, sondern mit der Darstellung des Kriegsmilitärs und des Vorredners überein. (Sört! hört! im Zentrum.) Man hat die arbeitswilligen Arbeiter von oben bis unten bestraft. (Abg. Hüb: Jückerlich!) Ich hoffe, daß Ihnen dieser Zwischenakt ernst ist, es war allerdings eine fürstliche Situation. Die Arbeitswilligen wurden bestraft, daß sie mit Strenge losgelassen werden müßten. Die faßliche Gesellschaft hat den faßlichen Arbeitern, die sich an sie wandte, den Rat gegeben, sich am nächsten Tage nicht zur Arbeit zu begeben, da sie als Familienmutter nicht ihr Leben ans Spiel legen dürften. Wenn die faßlichen Arbeiter sich mit den sozialdemokratischen zu dem Streit entschlossen und sie dann im Stiche gelassen hätten, dann würde ich es mißbilligen. Aber davon war gar keine Rede. Die Sozialdemokraten haben sich in einer aller Sitt und Gerechtigkeit höchst ansehnlichen Weise benommen. (Große Unruhe bei den Sez. Abg. Hüb: Das ist eine Lüge.)

Herrpräsident Dr. Spahn: Wenn ich dieser Zuruf auf den Redner bezieht, so rufe ich Sie zur Ordnung.

Herr Dr. Fleischer: Die Sozialdemokraten verunglimpfen und vergewaltigen jeden Arbeiter, der anderer Meinung ist als sie. (Sacke: Rüge! Vizepräsident Spahn ruft ihn zur Ordnung.) Die Sozialdemokraten haben keinen Respekt vor der Koalitionsfreiheit! Gewöhnlich sie sich hoch berufen, daß es noch andere Meinungen gibt als die ihrer. Glauben Sie hoch nicht, daß Sie allein recht haben. (Lärm bei den Sez.) Die Mitgliedschaft in Mansfeld ist nicht. Der Streik war aber nicht das geeignete Mittel, sie zu beilegen. Welches war denn der Erfolg? Eine verachtete Niederlage! Und wie haben Sie sich in der Agitation benommen. Kinder haben Sie gegen die Väter aufgebracht, daß Sie mißheulen und johlen sollten. (Pluturke im Zentr.) Die Frauen hätten sich ruhiger verhalten sollen. Sarmlos waren die Vorgänge in Mansfeld nicht. Schuld daran war die sozialdemokratische Agitation. (Großer Lärm bei den Sez.) Zurufe: Ein netter Arbeiterrezeiter! Gemeinhalt! Schluß! Redezeit! Die Sozialdemokraten haben die Interessen der Arbeiter schwer geschädigt. (Lärm bei den Sez.) Auf diese Art stellt man das Recht des Arbeiters nicht sicher. Unter wirtschaftliches Leben steht nicht im Zeichen der Gewalt, sondern in dem der Gerechtigkeit. (Sehr Beifall rechts.)

Herr Pastor-Spohmann (Lsm.): Der Streik ist freilich von Zaune gesprochen worden, weil die Sozialdemokraten endlich im reichstrenen Mansfelder Revier sich fallen wollten. Ihr Versuch ist mißglückt. Es war ein ganz gewissermaßen Unternehmen, aus Agitationsgründen die Erläuterung zahlreicher Arbeiter auf Spiel zu setzen. (Beobacht: Dann verziehen Sie ja nichts.) Mit Ihnen kann ich mich wohl lange mein. Sie haben noch nie eine Sache hier richtig ausgeführt. (Heiterkeit.) Ohne das Militär wäre es zum Blutvergießen gekommen. Großes Glend wäre die Folge gewesen. Die Staatsautorität müßte gewahrt werden. Sie stand in Mansfeld auf dem Spiele, weil die paar Gebarmen machlos waren. Durch das Eingreifen der Truppen wurden die drohenden Unruhen vermieden. Das Militär hat sich durchaus tadellos benommen. Von den Behauptungen Sackes ist nichts übrig geblieben. Das ist echt sozialdemokratische Art. Für die sozialdemokratische Ordnung danken wir. Das Volk will in seiner großen Mehrheit von diesen Dingen nichts wissen, die nur mit dem Knüttel und mit der Krone umgehen können. (Lärm bei den Sez.) Die Behörden verdienen für ihr Verhalten im Mansfelder Falle unseren Dank. (Sehr Beifall rechts.)

Herr Goltstein (Mit. Fraktionsgemeinschaft): Wir erkennen durchaus an, daß die Staatsvermittlung das Recht und unter Umständen auch die Pflicht hat, selbst das Militär zu requirieren, um Ruhe und Ordnung herzustellen. Hier handelt es sich aber darum, ob das militärische Einschreiten unbedingt notwendig war. Die Meinungen gehen darüber auseinander. Nun werden ja in solchen Verhältnissen Liebesredungen aller Art verbreitet, so daß man von allen Richtungen einen gewissen Sicherheitskoeffizienten ablesen muß. Kaum fünf Prozent von dem, was behauptet wird, erweisen sich in der Regel als wahr. Militär darf nur in äußerstem Notfälle herbeigeholt werden. Wir leiden an einem übermäßigen Aufgebot an Staatsmacht in Preußen. Wie ich in der Silberkammer zufällig mit einem konservativen Rittergutsbesitzer über die Vöden ging, viel dieser entsetzt aus: „Am Gottes wahren, hier gibt es ja viel mehr Schakulte als andere Menschen.“ Herr Goltstein hat sich in einem Auftrug gesprochen. Der Staatsminister hat vorhin gesagt, er hat sich gebildet, Partei zu nehmen, weil er weiß, daß der Streik von dem Arbeitgeber provoziert worden ist. Das Militär hätte tadellos vorgehen sollen. Es ist geschmacklos, wenn die Offiziere gefesselt in den Familien der Arbeitgeber verkehren. Das Volk kommt denn leicht in den Glauben, daß das Militär Partei ergreife. Wir verurteilen es, wenn die Arbeitgeber unbeduldsam sind, aber auch wenn die Arbeiter sich die gleiche Unbeduldsamkeit zuschulden kommen lassen. Der Kriegsminister hat durchaus unrecht, wenn er glaubt, Briefe, die mit: „Der Streikführer“ unterzeichnet sind, nicht zu beantworten braucht. Ebenso wie er früher ein Telegramm des Oberberg- und Hüttenwerks beantwortet hätte, hätte er dieses Telegramm beantworten müssen, zumal ja auch der Unterberg- und Hüttenwerksabnehmer ist. Ebenso wie jede Parteiorganisation sich Ausschritte aus den Zeitungen sammeln läßt, könnte und müßte es auch in den Ministerien geschehen. Wir werden immer für das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren, eintreten und das Recht der Organisation hier auf das entscheidende vertreten. (Beifall links.)

Herr Vogel (nl.): Die Angriffenheit ist hinsichtlich in das Mansfelder Revier hineingetragen worden. Das Hauptziel, was man damit verfolgte, war die Bekämpfung des neuen Generaldirektors. Der Redner schließt eingehend die Entwicklung der Kupfer-Schieferbauenden Gewerkschaft. Die Situation der Gewerkschaft ist infolge der amerikanischen Konkurrenz immer schlimmer geworden. Dieser hatte die Arbeiterzeitung jedoch durchaus Verständnis für die schlechte Lage der Gewerkschaft. Jetzt will sie sich darum nicht mehr kümmern. Es ist ja möglich, daß auf beiden Seiten im Kampfe etwas über die richtige Art hinausgegangen worden ist. Über die Agitation gegen die Bergarbeiter ist jedenfalls übermäßig scharf gemein. Wie die faßlichen sind sie haben auch die evangelischen mit Friede gerufen und dabei auch Erfolg gehabt. Ein großer Teil der Belegschaft war von anderen gegen den Streik. Wäre das Militär nicht gekommen, so waren Unruhen wohl zu be-

fürchten. Sicherlich hätten die Arbeiterführer versucht, sie zu verhindern. Ob es ihnen gelungen wäre, ist eine andere Sache. Die Erinnerung an die Maschinenengewerkschaft wird gewiß noch lange in Mansfeld erhalten bleiben. Die Situation muß man aber auch nach dem Erfolg beurteilen. Natürlich ist alles gut abgegangen. Ruhe und Ordnung wurden aufrecht erhalten, ohne daß jemand zu Schaden gekommen ist. Ich hoffe, daß die Mansfelder Gewerkschaft, trotz des Sieges, den sie davongetragen hat, aus dem Streik ihre Lehren im Interesse der Arbeiter ziehen wird. (Beifall.)

Herr Brestli (Volo): Die Arbeiter in Mansfeld werden seit langem gemisset. Trotzdem war alles ruhig. Unruhig waren nur die Behörden und die Polizei. Die faßlichen Arbeiterführer werden über Dr. Fleischer nicht sehr erbaunt sein. Mit solchen Reden schafft man Sozialdemokraten.

Herr Behrens (wirrl. Vgg.): Es handelte sich in Mansfeld tatsächlich um die Koalitionsfreiheit. Auch gegen die evangelischen Arbeitervereine ließen die Arbeitgeber fallen aber heiligen Willkür. Die große Niederlage und damit die Schädigung der Arbeiterkraft mußte vorausgehen. Wir wollten bei günstiger Konjunktur das öffentliche Gewissen wahren, und ich bin überzeugt, auch auf der rechten Seite hätten wir das nötige Verständnis gefunden. Jetzt trifft die Verantwortliche lediglich die Organisation, die die notwendige gewerkschaftliche Vorkehrung außer acht gelassen hat. Ein Streik darf nicht zur Unzeit geführt werden, und dazu noch mit ungezügelter, mit unorganisierter Arbeiterkraft; da war das militärische Einschreiten vorausgesetzt. Die Streikenden haben die nötige Achtung vor den Nichtstreikenden nicht gehabt. Der Redner legt sich weiter mit den Sozialdemokraten über Streikdiplomatie und Streikpolitik auseinander. Wir verlangen Anerkennung der Koalitionsfreiheit, nicht theoretische, wie von den Nationalliberalen, sondern praktische. Den Mansfelder Bergarbeitern aber rufe ich nachdrücklich noch zu: Schließt Euch den Bergarbeitervereinen an! (Lachen rechts.)

Herr Kuntz (Sez.) nimmt hierauf um 7 Uhr das Wort. Der Redner spricht besonders gegen die Abg. Fleischer und Behrens und wird im Verlauf seiner Rede zur Ordnung gerufen. Damit schließt die Sitzung nach 8 Uhr. Mittwochs 1 Uhr: Interpellation über die Handhabung des Vereinsgesetzes.

# Preussischer Landtag.

## Abgeordnetenhause.

4. Sitzung vom 18. Januar.

Am Ministertisch: Herr v. Rheinbaben.

Herr v. Kröner eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. Er erbittet und erhält die Erlaubnis, Sr. Majestät dem Kaiser die Glückwünsche des Hauses zum Geburtstag darzubringen. Herr v. Kröner führt fort: M. H.! Sie haben mich am Comanden in Rebenwürdig Weise im Präsidium wieder an erster Stelle berufen. Mein Dank dafür ist um so größer, als ich den Führern der Fraktionen mitgeteilt hatte, daß ich voraussichtlich den größten Teil der Session abwesend sein werde und die Leitung der Geschäfte meinem Stellvertreter überlassen will. Ich wiederhole die Erklärung des verehrten Herrn Vizepräsidenten, die ich in meinem Namen abgegeben hat und nehme die Nachsicht an. (Beifall.)

## Die erste Lesung des Etats.

Dritter Tag.

## Abg. Dr. Pachnicke (Fr. Vgg.):

Die Abwesenheit des Ministerpräsidenten ist um so auffälliger, als sie sowohl die Rücksicht auf den besonderen Charakter der ersten Etatslesung, als auch auf den Ministerwechsel vermissen läßt. Der leitende Staatsmann muß in der Generaldebatte, wo die Parteien ihre Ziele darlegen, auch seine Gesichtspunkte entwickeln. Herr von Rheinbaben's Ausführungen sind kein auszeichnender Erfolg. Offenbar will der Ministerpräsident jedoch programmatischen Zweckmässigkeiten ausweichen. Das aber ist unvereinbar mit seiner Stellung und der gegenwärtigen Lage. (Sehr richtig! links.) Gerade jetzt ist eine frische Äußerung nötig, nötig ist ein Staatsmann, der Ziele und Wege weiß und bis ans Ende geht, einer der kein Cunctator ist. (Beifall links.) Herr v. Papenhelm hat nun geraten, für Preußen einen Stellvertreter des Ministerpräsidenten einzusetzen. Das könnte leicht ein Misverstand zwischen Reichs- und Landespolitik entstehen. Verantwortlichkeit in der Leitung wird von Unheil. Ein gut Staatsautorität ist wertvoll und schwer wieder einzubringen. Nun hat Herr Gerold die Rolle des Retters in der Not übernommen. Herr v. Rheinbaben hat eine Reihe von Steuerbestimmungen hier angeführt. Er hat uns aber nicht gesagt, welche Bestimmungen auf die Stadt und welche auf das Land entfallen. Die Reichsbeschlüsse hier zu stellen. Der Finanzminister war es nicht, der die Gegenpartei gegen sie verurteilte. Nein, beim Brandtwein fand man sich zusammen. (Zustimmung links, Widerspruch rechts und im Zentrum.) Das mobile Kapital war nicht gegen die Erbschaftsteuer, sondern nur das agrarische. Jetzt stellt man auf Industrie und Handel, die zu hohe Preisausschläge vorgenommen haben sollen. Dabei muß mancher Gewerbetreibende die Kosten selbst tragen, die er nach der Ansicht des Gesetzgebers auf die Verbraucher abwälzen sollte. An der Reichsgeldentwertung ist nicht, wie das Zentrum behauptet, der Willkürdiktand, sondern das Zentrum selbst schuld. Unter der Zentrumsherrschaft ist die Reichsgeldentwertung seit 1850 von 37 auf 300 Millionen gestiegen! Herr Gerold meinte, wir hätten in der Finanzreform als einer nationalen Frage verfahren. Als das Zentrum noch glaubte, das Dium der Finanzreform auf die Wohlthatigkeit abzumachen, haben Sie vom Zentrum Sturm gegen diese Reform gelaufen. Dem Zentrum ist nicht wohl, es will sich nur bei seinen Arbeitermassen wegen der neuen Steuern entschuldigen. Die Konventionen sind in Abhängigkeit vom Bunde der Landwirte geraten. Die Verbindung mit dem Zentrum ist in evangelischen Kreisen nicht populär. Die Verarmung darüber, daß die Konventionen dem Zentrum gehalten haben, den fürchten Willen zu führen, ist weit verbreitet. Fürst Bismarck hat für Sie so viel getan, daß ihm zu tun ja nichts mehr übrig bleibt. Unter ihm ist die Sozialdemokratie ohne Ausnahmegelei von 82 auf 42 Abgeordnete zurückgegangen. Waren wir ab, ob die rote Flut jetzt nicht steigen wird. Bei Philipp, nach der Reichstagswahl, haben wir uns wieder! (Heiterkeit.) Wir sind noch wie vor gegen Schiffsabgaben, Handel und Wandel sind schon genug gelähmt durch die verkehrte Schiffsabgabe. Wenn England Ihrem Beispiel folgt, erhalten wir die Handelsflotte. Den Worten des Ministers v. Nolte über die Befreiung der höheren Verwaltungsstellen kann ich nicht zustimmen. Es kann wohl Zufall sein, daß meist tonerzarte



Männer in Regierungskreisen sitzen. Ich kann dem Minister nur sagen: Suchet, so werdet Ihr nicht (Rechtsler!) Nun zur Wahlrechtsreform. Die jetzige Wahlrechtsreform ist unzulässig. Jede Reform ist wertlos, die nicht die geheime Wahl bringt. (Leb. Zustimmung links.) Fürst Bismarck hat einmal gesagt, die Wahlrecht soll die Stimmung des Volkes photographieren. Wie verlagert aber da unter Wahlrecht? Auch Fürst Bismarck hat erklärt, er sei kein Gegner der geheimen Wahl. Die Wahlrechtsreform wird diese aber kaum bringen. Dann muß das Haus die geheime Wahl beschließen! Ob das Zentrum mittelt, ist sehr fraglich. Auch die Wahlrechtsreform muß anders werden. Die Realitäten von gestern dürfen nicht die Politik von heute bestimmen. Unsere Teilnahme am Blok war von dem Streben, die Gesetzgebung in liberaler Sinne zu beeinflussen, geleitet. Durch ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie hätten wir das nicht erreicht. Der Großklub von Bismarck bis Böhm ist ein Spandauerklub, Bismarck will ihn nicht, und Böhm auch nicht. Wir behalten uns freie Hand vor, mit welcher Partei wir im gegebenen Falle gehen wollen. In allem Wandel der Zeiten bleiben wir die Alten! Auch in der neuen Partei. (Leb. Beifall links.)

#### Abg. v. Arnim-Jübedom (kon.):

Wir werden eine konservative Regierungspolitik gegen die Polen auch weiterhin unterstützen. Dr. Friedberg tadelt uns jetzt, weil wir nach der Regierungspartei tanzen. Früher machten die Liberalen die Regierung gegen uns tanzen, weil wir nicht nach der Regierungspartei tanzen wollten. Sowohl in Sachen der Erb-anfallsteuer wie in Sachen des preussischen Wahlrechts haben wir keinerlei Verbindung mit dem Zentrum getroffen. Der Einfluß der Kirche auf die Schule muß erhalten bleiben. Mit der Warnung der Eisenbahner vor dem Transportarbeiterverband hat der Eisenbahnmittel nur seine Pflicht getan. Soffentlich bleibt die preussische Disziplin und Strafrecht noch lange vor dem Geist der Sozialdemokratie verschont! (Beifall rechts.)

#### Abg. Schmieding (nl.):

Wir haben niemals gefordert, daß die Regierung gegen die Rechte wegen deren oppositionellen Haltung vorgehen sollte. Aufjähig bleibt es, daß der liebe Gott die Vergabung für höhere Verwaltungsgelassen nur konservativen Männern gegeben haben soll. Besondere Ehre ist bekannt worden, die Anstalt hätte die neuen Steuern zu unzulässiger Profitmaximierung benutzt. Es ist endlich zu glauben, daß irgend eine Anstalt in der Lage sei, Preise willkürlich anzusetzen. Die Brauersteuern sind niedriger, als vor der Finanzreform. Es ist falsch, daß wir dieselben Steuern beschließen wollten, die wir jetzt verwerfen. Wir wollten die Steuern bewilligen, welche die Regierung verlangte. Das ist etwas ganz anderes. Im Mittelpunkt stand und steht übrigens die Erbschaftsteuer. Wir sind nicht wie das Zentrum an einem Sensus einig geworden. Die Finanzreform hätte von der Rechten nicht mit einer Partei gemacht werden sollen, die in nationalen Fragen meistens verlagert hat. (Mitsprache im Zentrum.) Zu der Strafbrede des Herrn Herold lag gar keine Veranlassung vor. Der Kulturkampf soll wieder entwirrt werden. Wenn solche Angriffe erfolgen, ist es verständlich, daß der Evangelische Bund die Angriffe auf den Protestantismus abzuwehren sucht. Es ist doch vorgekommen, daß die evangelische Abtheilung als ein Konfessionsmitglied hingestellt worden ist. Wie national das Zentrum sei, zeigt sich am besten im Ofen, wo das Zentrum und Böhm sich gegenüber. Den letzten Wahlen habe das Zentrum in dem gegebenen Fällen der Sozialdemokratie zum Siege verholfen. (Süß! hört!)

#### Abg. Herold (Str.):

Ich soll den Streit um die Finanzreform hier vom Zaun gebrochen haben. Das hat aber Herr Dr. Friedberg getan. (Lachen und Unruhe links.) Dr. Friedberg hat die Finanzreform als das unglücklichste gesetzgeberische Maßwerk hingestellt. Also nicht ich habe angefangen. Herr v. Heyl zu Hermsheim hat von Auflichtspolitikk gesprochen. Ich habe nicht gesagt, auf wen sich das beziehen soll. Wohl aber hat Dr. Friedberg das Wort „bei uns“ auf die Nationalliberalen bezogen. (Abg. Dr. Friedberg ruft: Das ist Heuchelei!)

Vizepräsident Dr. Forst mit Dr. Friedberg wegen dieses Antrags zur Ordnung.

#### Abg. Herold (Str.):

Ans kann Herr v. Heyl nicht gemeint haben; wir haben keine Auflichtspolitikk. Wir sind nie für die Erbschaftsteuer gewesen (Süß! lacht links.) von einzelnen Ausnahmen abgesehen. (Süß! links.) Wir sollen den Fürsten Böhm geführt haben? Er hat uns befehligt, wie sein Staatsmann vorher. (Süß! richtig! im Zentrum.) Aber zu stürzen brauchen wir ihn nicht mehr. (Süß! richtig! im Str.) Seit dem November 1898 waren seine Tage gezählt. (Lebhaftige Zustimmung im Zentrum und rechts.) Daß die Erbschaftsteuer den Familienstimm löse, haben früher die Abg. Sieber und Müller-Mellinger selbst zugegeben. (Süß! hört! im Zentrum.) Die Nationalliberalen laufen jetzt im Lande herum als Volksbegleiter. Dr. Wiemer sagte: „Der Freiheit ist unser Seite. (Lachen links.) Die kulturkampferische Rede des Abg. Schmieding läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Er hat zugegeben, daß die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten zusammengegangen sind gegen das Zentrum. Die Gründe für die starke Stellung der Regierungskreise mit konservativen Männern läßt nicht richtiglich. Anderer Nachschuß wäre schon vorhanden. Man läßt ihn nur. Wo Katholiken im Amt sind, haben sie vor ihren Mann. Was habe ich eigentlich gesagt, daß ich die Kriegsteilnahme gefordert haben soll? Ich habe nur Freiheit für die katholische Kirche verlangt, wie ich Freiheit für die Evangelischen und für die Juden fordere. Der Zerrennung entpringt nur dem Haag gegen Spanien als katholisches Land. Die Bischöfe haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, vor dem Abg. deutschen Vertreter zu warnen. Wir haben nicht vor dem Kulturkampf, sondern mitten drin! Wir haben nur einen Wunsch: Konfessionelle Freiheit und konfessionellen Frieden. (Beifall im Zentrum; Lachen links.)

#### Abg. Dr. Friedberg (nl.):

Ich bitte den Präsidenten und das Haus um Entschuldigung wegen der Verlesung der parlamentarischen Ordnung. Es war wohl aber in diesem Falle einmüßig entscheidbar durch das Vorgehen des Abg. Herold, dessen eulenzahlige Ausführungen haben wohl nur den Zweck, vermittelt des hierographischen Berichtes eine neue Rechtfertigung für die Zentrumstraktion zu geben. Wir hätten allerdings 400 Millionen an indirekten Steuern bewilligt. Aber nur, wenn entsprechende Beschlüsse im Gegengewicht wären. Die letzte Steuerreform war ungerecht, worauf wir immer wieder hinweisen werden. Wer den Kulturkampf will, das haben wir aus der Rede des Herrn Herold vernommen. Das Zentrum hätte bei der Finanzreform die Pflicht, den Fürsten Böhm zu stützen. Herr Herold hat dem Lande wieder einmal gezeigt, weshalb wir können, wenn das Zentrum zur Herrschaft gelangt. (Beifall links.) Die Redeprüfung schließt. Damit ist die erste Sitzung des Etats beendet. Die Hauptkassiers geben an die Budgetkommission.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Interpellation wegen der Rattmögiger Baumverletzungen. Schluß 6 Uhr.

## Deutsches Reich.

### In dem Streit zwischen dem Statthalter und den Bischöfen

in Elsaß-Lothringen sind die „Kreuztg.“ und die „Germania“ hart aneinander geraten. Die „Kreuztg.“ hat lechzt in ihrer Ueberlist über die innere Politik der Wodje geschrieben:

Es handelt sich umers Eraditsen sowohl bei dem Kompetenzkonflikt der elsch-lothringischen Bischöfe mit der Regierung wie bei dem Rattmögiger Fall nur um eine — und noch dazu recht unginügliche — Gelegenheiten, wieder einmal den katolischen Grundlag zu verdingen, daß die Kirche das erste A recht an das Gewissen ihrer Gläubigen hat, daß also auch Staatsbeamte der Kirche (als Gottes Stellvertreter) mehr gehorchen müssen, als dem Staate; und der Zweck dieser Demonstrationen ist, daß die Regierung darauf hinzuwirken, daß sie ihre Politik im Einklang mit dem, was der Kirche zulässig erscheint, zu halten habe.

Die „Germania“ bezeichnet diese Ansicht der „Kreuztg.“ als geradezu ungenügend. Das liberale Blatt bemerkt, ob seine konservative Freundin sich der Konsequenzen ihrer Auffassung klar ist. Die „Germ.“ hält der „Kreuztg.“ vor:

Über die Theorie ausstellt, daß in erster Linie der Staat Herr über die Gewissen sei, spricht damit aus, daß z. B. die ersten Christen Unrecht taten, als sie dem Staatsgebot den Gehören zu offen, nicht Folge leisteten, und daß sie somit den Märtyrertod, den sie erlitten, verdient hatten. Wir glauben kaum, daß das evangelisch-konservative Blatt eine solche heidnische Staatsmaximierung, die den ärgsten Heidenwissenschaftler ablehnen würde, verteidigen kann. In Gewissenssachen entscheidet nicht das gottgegebene kirchliche Gebot, sondern das religiöse Pflichtbewußtsein des einzelnen Menschen, auch des Beamten, nach dem göttlichen Gebote: „Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

Mit dieser Theorie kann freilich der Staat funderleibt zum Aecht der Kirche degradirt werden.

### Die „Hamburger Nachrichten“ gegen die „Norddeutsche Allg. Zeitung“.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erhält von der Redaktion der „Hamburger Nachrichten“ folgende Zuschrift:

Hamburg, 17. Jan. In Ihrer geirigen Mitteilung über den Fall Hag geben Sie Stellen aus Briefen des Schriftstellers Adolph Stein in Berlin wieder, in denen es u. a. heißt, er sei von den Hamburger Nachrichten mit der Bearbeitung der Sache Hag beauftragt worden, habe über das Verdict der Hamburgischen Staatsangehörigen Rudolf Hag nicht veröffentlicht. Demgegenüber erklären wir, daß wir Herrn Stein weder mit der Auffassung eines derartigen Artikels beauftragt, noch ihn sonst irgendwie berechtigt haben, mit einer Veröffentlichung in den Hamburger Nachrichten gleichsam zu drohen. Er ist in der ganzen Angelegenheit ohne jede Initiative, ohne einen Auftrag, ja sogar ohne unser Vorwissen vorgegangen und hat mit uns nicht das mindeste Recht, sich in seinen Briefen auf uns zu beziehen.

### Das Kapitel des Schwarzen Adlers.

Gestern vormittag um 11 Uhr hielt der Kaiser im Ritteraal des Berliner Stadtschlosses ein Kapitel des Schwarzen Adlors ab. Vor dem Eingang im zweiten Hof war das sogenannte Herrschaftszelt aufgebaut aus rotem und grünem Zeltstoff, mit Trophäen, Schildern, Helmen und Lanzen besetzt. Um 11 Uhr verließ der Kaiser im Automobil das Schloss zu einer kleinen Spazierfahrt, von der er erst 3 Minuten vor 11 Uhr zurückkehrte. Von 11 Uhr an trafen der Reihe nach die Ritter des Schwarzen Adlers ein. Inzwischen hatten zwei vierpferdige Staatskarossen das Schloss verlassen, um die fremden Vorkämpfer abzuholen. Währenddessen trat der Reichskanzler in seinem Dienstwagen ein, Prinz Max von Baden, Prinz Eitel Friedrich und nach ihm die Kronprinzessin im offenen Auto. Prinz und Prinzessin von Rumänien in einer Staatskarosse mit dem Jäger auf dem Bod, und Georg von Bayern in einem Staatswagen des Königs von Preußen. Die Bringen des königlichen Hauses und die fürstlichen Ordensritter verammelten sich in den Gemächern Friedrichs I. und legten ihre Ordensmantele und Ordensketten an, während die anderen kapitellfähigen Ritter sich mit der Ordensstrahl in der boisteren Galerie bekleideten. Neun Ritter erhielten die Investitur, unter ihnen der Herzog von Alenburg, der rumänische Kronprinz Friedrich von Serbien, der ehemalige Kriegsmittler von Bulgarien, der jetzt bekanntlich das 7. Armeekorps kommandiert, der Generalkapitel des Kronprinzen von Serbien, der Kommandierende General des 3. Armeekorps, v. Alton-Loebel, der in Wappentracht eröffneten den Zug. Alton schritt der Ordenskanzler General-Feldmarschall v. Finkbein vor den fürstlichen Rittern. Diese waren Prinz Oskar von Preußen, Prinz August Wilhelm von Preußen, Prinz Eitel-Friedrich von Preußen, Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, Prinz Friedrich Leopold von Preußen, Prinz Friedrich von Preußen; hinter diesen der Kronprinz; dann kam der Kaiser.

Die Generaladjutanten, Generale und Admirale a la suite, die Flügeladjutanten, das Gefolge des Kronprinzen, der Prinzessin und der zu insiezierenden fürstlichen Ordensritter beschloßen den Zug.

Im Ritteraal hatten sich bereits die übrigen Geladenen versammelt, um dem Aufnahmestück beizumohnen. Ganzes der Corps-Folken in Gala präparierten an den Türen. Trompeter waren im Saal und auf dem äußeren Hof verteilt. In der Tracht aus der Zeit König Friedrichs I. schloß Hut, Epernflecken, den Degen im breiten Bandel, mit langen, barockverzierten Trompeten. Ein Trompeterchor hatte hinter dem äußeren Hof Aufstellung genommen. Während die fürstlichen und die anderen kapitellfähigen Ritter je einen Halbkreis rechts und links vom Throne aus vor dem Längswand des Saales bildeten, und die Ordensbeamten ihre Plätze einnahmen, betrug der Kaiser, das Haupt mit dem

Generalshelm bedeckt, den Thron und ließ sich auf dem Thronselbst nieder. Die Janizare schwebte. Nach Verlesung der das Aufnahmestück betreffenden Artikel der Ordensstatuten durch den Ordenssekretär wurde dem Kaiser das Statutenbuch überreicht, und dieser richtete an die nun aufzunehmenden Ritter nachstehenden die Frage, ob sie geloben wollten, die ihnen losen bekannt gemachten Ritterpflichten zu erfüllen, wozu jeder der fürstlichen Ritter, an den Thron heranretend, mit der bloßen Hand auf dem Statutenbuch, erwiderte: „Ja, ich gelobe es.“ Unter den Klängen einer längeren attheußigen Fanfare wurden die Ritter sodann durch die Paraden mit dem Ordensmantel bekleidet, worauf der Kaiser

#### als Ordens-Großmeister

den vor dem Thron Anwesenden die Ordensfeier mit und die Affolade erteilte. Im Kapitelsaal hielt hierauf der Kaiser ein Kapitel des Ordens ab.

### Zum deutsch-portugiesischen Handelsvertrag.

„Gegenüber dem „Diario de Noticias“, das in einem „Berliner Chronik“ überführten Artikel Deutschlands empfohlen hatte, erneut mit Portugal wegen Revision des Handelsvertrages in Verbindung zu treten, schreibt das amtliche Organ des gegenwärtigen Ministeriums, „Correio da Noite“:

„Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die portugiesische Regierung nicht als daran gedacht hat, die dem Handelsvertrag mit Deutschland beigegebenen Tarife zu ändern oder die einer Erhöhung der Zölle in Tarif A gezogenen Grenzen herabzusetzen. Die in die Öffentlichkeit gelangenden Informationen über eine Bereitwilligkeit zur Abänderung des Tarifes A oder irgend eines anderen Vertragspunktes sind unbegründet.“

### Gegen das deutsche Weisbuch über Marokko

erlassen die Brüder W a n n e s m a n n eine Erklärung, in der es heißt:

Da von allen Rechtsgelehrten allgemein anerkannt wurde, daß unser Rechtsstandpunkt unangreifbar ist, so wird sich an diesem Urteil auch durch die Veröffentlichung des Altematerials nichts ändern können. Zur Bekämpfung der Rechtsgültigkeit unserer Wäntenzessionen werden folgende drei Punkte hervorgehoben:

1. Das Marokkanische Berggesetz sei zutande gekommen entgegen dem Beschluß des diplomatischen Korps, ein Berggesetz auszuarbeiten zu lassen. Mit diesem Beschluß sei der Sultan Abdul Aziz einverstanden gewesen. Demgegenüber ist zu bemerken: Zu der Zeit dieses Beschlusses war Abdul Aziz nicht mehr rechtmäßiger Herrscher von Marokko. Da die Voraussetzung der Rechtsgültigkeit dieses Beschlusses die Grundbedingung aller Ausführungen des Weisbuchs bildet, so fallen mit dieser Voraussetzung auch alle gegogenen Schlüsfolgerungen.

2. Das Berggesetz sei entstanden ohne Mitwirkung des diplomatischen Korps in Tanger. Nach dem Urteil sämtlicher Rechtsgelehrter ist nach der Algecrasatte das diplomatische Korps bei der Mitwirkung des Berggesetzes nicht zuständig; ein die Akte hierin abändernder Beschluß des diplomatischen Korps konnte nur durch die Mitwirkung des rechtmäßigen Sultans gefast werden.

3. Das Gesetz sei bis auf den heutigen Tag geheim geblieben. Demgegenüber ist zu bemerken, daß zur Rechtsgültigkeit eines Gesetzes nach marokkanischem Recht der Aebdruck des Sultansiegels genügt. Eine Veröffentlichung ist zur Rechtsgültigkeit keinesfalls notwendig, wie auch die Algecrasatte nur durch Sultansiegel gültig wurde und in Marokko nicht veröffentlicht worden ist. Außerdem hat der Sultan durch einen Regierungskreis das Vorhandensein der Konzeption bekanntgegeben, indem er die Jollimiere offiziell angewiesen hat, die aus den Bergmerkeln der uns erteilten Konzeptionen gefertigten Erträge zu verzoellen. Aus diesen und anderen Tatsachen geht hervor, daß der Beschluß des diplomatischen Korps, der die Rechtsgültigkeit der Mannesmann-Konzeption verhindern soll, von den übrigen Staaten als nicht rechtsverbindlich angesehen worden ist.

## Parlamentarisches.

Der Senatorenkonvent des Reichstages verließ sich über eine Kontingierung der Verhandlungen über den Etat des Reichsanwesens des Innern zu verdingen; er wird hierauf noch einmal zusammenzutreten. Die nachstehende Streiffrage über die Handhabung der Reberkette bei der Redeprüfung von Interpellationen führte zu einer Verständigung dahin, daß jedenfalls die interpellierende Partei noch einmal zu Worte kommen solle.

In der Sitzung der Rechnungs-Kommission des Reichstages, die kürzlich tagte und sich mit dem Etatsbeschluß für das Jahr 1906 befaßte, gelangte durch einen Zufall den Mitgliedern der Kommission die Tatsache zur Kenntnis, daß der Kaiser bei der Rechnungsberichterstattung des Etats für 1905 Entlastung erteilt habe. Es ergriff sich hierüber eine sehr lebhaftige Debatte. Ein Teil der Mitglieder vertrat den Standpunkt, daß die Erteilung der Entlastung lediglich dem Bundesrat und dem Reichstag, als den Organen der deutschen Reichsregierung, zuzubereiten. Von den Regierungsgremien wurde darauf hingewiesen, daß die Erteilung der Entlastung schon früher durch den Kaiser erfolgt sei, daß aber der Reichstag hieron keine Kenntnis gehabt habe. Es scheint, als ob die Regierung auf dem Standpunkt der alten Oberrechnungs-Kommission von 1884 bestünde, wonach einem Teile der Mitglieder der Rechnungs-Kommission einwendet wird, daß eine gerechtere Berücksichtigung für das Reich keine Geltung beanspruchen könnten. Die Frage soll in einer besonderen Sitzung der Kommission ausführlicher erörtert und entschieden werden.

Die Budgetkommission des Reichstages letzte gestern die Beratung des Kontraktats für die Silberwährung fort. Der Kommission liegt die neuerliche Denkschrift des Erbprinzen gegen die Denburgische Diamantenpolitik vor. Staatsminister Denburg führte aus, daß die Beschaffung der Diamantenregie notwendig gewesen sei, da durch die Diamantregie das Spekulationsrisiko der Regierung sei und sehr schädliche moralische Wirkungen gezeigt habe.

In der bayerischen Abgeordneten-Kammer kam es gestern zu sehr erregten Auseinandersetzungen wegen eines eventuellen Zusammenstößes aller nichtreaktionären Parteien gegen das Zentrum. Die Liberalen hatten erklärt, daß sie bei den Wahlen jederzeit mit den Sozialdemokraten zusammengehen würden. Die sozialdemokratischen Redner sprachen sich dahin aus, wenn die Liberalen mit ihnen für die Aufrechterhaltung und Entwicklung der bürgerlichen und religiösen Freiheiten eintreten wollten, die Liberalen jederzeit als Mitkämpfer gegen das Zentrum anzuerkennen. Die







Provincial-Nachrichten.

Reimar, 18. Jan. In nahen Selbstzug ist heute vormittag ...

Bergleitet.

Malzer, 18. Jan. In ihrem Schlafzimmer sind gestern abend ...

St. Haunburg, 17. Jan. (Durch eine List.) nämlich mit ...

Dennekestein, 18. Jan. Das Bürgermeisterei ...

Lebenhof, 18. Jan. (Goldene Hochzeit.) Der ...

Wisslerode, 16. Jan. (Schachbahn Bismarck.) ...

Wisslerode, 17. Jan. (Zu dem Kampfe mit ...)

Wisslerode, 18. Jan. (Die Stadtperordnung ...)

Wisslerode, 17. Jan. (Geheimnisvoller Tod.) ...

Wisslerode, 17. Jan. (Ehrentafelbau.) Der ...

Wisslerode, 17. Jan. (Die Waffe in Kindeshand.) ...

Wisslerode, 17. Jan. (Schicksal eines Kindes.) ...

Wisslerode, 17. Jan. (Schicksal eines Kindes.) ...

Wisslerode, 17. Jan. (Schicksal eines Kindes.) ...

Wisslerode, 17. Jan. (Schicksal eines Kindes.) ...

am eine einfache Beleidigung. Aus Aufregung hierüber ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der Vorstand der Landwirt ...)

Wisslerode, 18. Jan. (Der Schumann mit der Schnaps ...)

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Unterhaltungsbll.

Romanzeige. — Rehabilitiert! Roman von Josef ...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“) 3 Uhr 10 Minuten. Kredit 211,37, Diskont 198, Deutsche ...

Londoner Börse vom 18. Jan. Es notierten: Spinn. Kessel ...

Die Streitigkeiten in der Garntarre. über die wir ...

Die Kapitalrücknahme des amerikanischen Schmidmann ...

Alkaliwerke Sigmundhall Akt.-Ges. in Bokoloh bei Wunstorf ...

Die Verkaufsvereinerung der Oberschlesischen Roheisen ...

Waren und Produkte.

Getreide. Berliner Produktenbörse 18. Jan. Am Frühmarkt notierten: ...

Magdeburg, 18. Jan. (Die Notierungen verstehen sich für ...)

Hamburg, 18. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen stetig, Osthoist ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...

Wisslerode, 18. Jan. (Der neue Herr.) In dem ...



